

# SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/226

30. November 1971

Neue Kompetenzen für das Europäische Parlament!

-----  
Der "Debattier-Club" muß endlich mehr Rechte erhalten

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 1 / 33 Zeilen

Mehr Risiko als Chance

-----  
Zur Kanzlerkandidaten-Nominierung Rainer Barzels

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Grünes Licht für die Verkürzung des Wehrdienstes

-----  
180 Millionen DM für Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrstruktur

Von Werner Buchstaller MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 33  
Telefax: 886 843/886 847/  
886 848 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Neue Kompetenzen für das Europäische Parlament!

Der "Debattier-Club" muß endlich mehr Rechte erhalten

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Es besteht kein Zweifel: Die Europa-Begeisterung, die vor Jahren junge Menschen zum Niederreißen von Grenzbarrieren trieb, ist dahin. Geblieben ist eine mehr kritische Einstellung zu dem, was heute alles unter dem Begriff "Europa" verstanden werden kann. Es fällt wohl jedermann schwer, die Frage "was ist eigentlich Europa?" konkret zu beantworten. Ist Europa gleich EWG? Oder der Europarat? Was ist die Beratende Versammlung, die Westeuropäische Union? EWG, WEU, EFTA, NATO - diese und andere Buchstaben aneinandergereiht beinhalten zum Teil große Aufgaben mit ebenso großen Hoffnungen für Millionen von Menschen. Doch diejenigen, für die europäische Politiker in den verschiedenen Gremien tätig sind, wissen nichts oder wenig von deren Tätigkeit. In besonderem Maße sind die Arbeiten des Europäischen Parlaments der breiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Die Gründe dafür zu suchen ist müßig, jeder kennt sie. Das Parlament hat bislang kaum Kompetenzen, und wer berichtet schon über ein Gremium, das zwar Aussagen machen darf, das jedoch den allgewaltigen Ministerrat nicht beeindrucken kann?

Die 142 Mitglieder des Europäischen Parlaments stehen in ihrer großen Mehrheit einmütig hinter ihrem Präsidenten Walter Behrendt, wenn er die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften fordert. Das wiederum kann nur geschehen, wenn das Europäische Parlament von einem reinen Debattier-Club zu einer Institution umgestaltet wird, die den Namen Parlament verdient. Behrendt's Forderung nach einer ständigen Kontrolle des Rates ist genau so zu unterstützen, wie seine Auffassung, daß das Parlament an Stelle des jetzigen Konsultativverfahrens Legislativrechte erhalten muß.

So schwer es manchem - der laut Europa sagt und im Stillen alles tut, um Europa nur im Schnecken-tempo vorankommen zu lassen - auch fallen mag: Je mehr Kompetenzen von den nationalen Gremien auf europäische übergehen, je mehr Rechte muß das Europäische Parlament erhalten. Daran führt kein Weg mehr vorbei.

(-/ee/30.11.1971/ks)

+ + +

Mehr Risiko als Chance

Zur Kanzlerkandidaten-Nominierung Rainer Barzels

Das erste Fernseh-Statement des neuen Kanzlerkandidaten der beiden Unionsparteien war von einer unwerfenden Trivialität: "Diese Regierung wird durch eine bessere ersetzt werden!". Nun hieße es ganz gewiß, Dr. Rainer Candidus Barzel zu unterschätzen, wollte man sein politisches Maß nach dieser Banalität bewerten. Der Aufstieg des CDU-Politikers vom CDU-Referenten zum CDU-Vorsitzenden geschah zweifellos im Zeitraffermaß, wobei er, auch hier ein Prototyp des neuen Parteimanagements der Christlich-sozialen, ebenso hartig von mittellinks nach rechts abschwenkte. Das entspricht dem Zeitgeist in der CDU, deren Wege von dem stockkonservativen "Wirtschaftsrat" entscheidend mitbestimmt werden und die sich mit diesem Trend der politisch ähnlich gelagerten CSU so weit genähert hat, daß Franz Josef Strauß auch in der Sache sorgenlos sein Plazet für die Wahlplakatierung Barzels geben konnte. Das hat zwar Monate gedauert, in denen die CDU so lange unter wachsenden Druck gesetzt wurde, daß sie schließlich das politische Programm der CSU akzeptierte, aber was sollte Dieses Warten hat gelohnt. Barzel darf unter den wechsam zusammengekniffenen Augen von Strauß verkünden, daß er "diese Regierung durch eine bessere ersetzen" möchte.

Die Sprecher der beiden Koalitionsparteien haben mit Berechtigung darauf hingewiesen, daß Dr. Barzel und mit ihm die CDU erhebliche Vorleistungen auf den innerunionsparteilichen Verhandlungstisch legen mußten, bevor die CSU Ja und Amen zu der gemeinsamen Kanzlerkandidatur sagte. Die Tatsache, daß es nicht etwa Dr. Barzel, sondern Strauß gewesen ist, der nach dieser Besiegelung des recht einseitigen Kompromisses die "fünf Thesen von Bonn" verkünden konnte, nach denen eine Unions-Regierung

agieren möchte, ist in sich beweiskräftig genug für das wirkliche Kräfteverhältnis in dieser Allianz. Das "Kernprogramm" der Schattenkoalitions-Partner wirft keine Bäume um, woran man sich bei der vergeblichen Suche nach tatsächlichen und brauchbaren Alternativen zum Brandt/Scheel-Programm sowieso schon gewöhnt hatte. Aber das Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zum Vorrang der Bildungspolitik in der Gesellschaftspolitik allein sind für den innenpolitischen Raum nicht allzuviel; und die Verkündung der Notwendigkeit von "Voraussetzungen und Ergebnissen" in der Entspannungspolitik, der man sonst zustimme, hilft keinem weiter.

Der Kanzlerkandidat wird sich für seinen Moskau-Besuch schon noch etwas anderes einfallen lassen müssen; wenn er seine Argumente zur Ostpolitik vortragen will. Daran ändert auch nichts seine bescheidene Mitteilung, daß die Großmacht Sowjetunion einen Anspruch darauf habe, zu erfahren, was die CDU denke. Man sieht, wir werden uns allesamt an einen neuen Ton in der Bundesrepublik gewöhnen müssen: Nicht mehr nur so glatt und perfekt, wie man bisher schon den CDU-Vorsitzenden vom Fernsehschirm her kannte, sondern dazu auch noch etwas von der uralten Selbstbewußtheit, mit der der Barzel-Manager Strauß zu agieren und zu reden pflegt. Nur war das bisher eine interne Unions-Angelegenheit. Von jetzt an betrifft uns das alle.

Eine bürgerliche und zudem CDU-freundliche Tageszeitung hat die Parteimeldung von der Kanzlerkandidatur-Bestellung Dr. Barzels mit dem nüchternen Hinweis quittiert, daß der Chance, die der CDU-Politiker jetzt bekommen habe, genau auch das Risiko entspreche, dem er sich ausgesetzt sehe. So hoch sein Aufstieg sein könnte, so tief würde auch sein Sturz sein, wenn der Wahlkampf des Jahres 1973 mißlinge. Womit dann, so das bürgerliche Blatt, die Karriere Dr. Barzels zu Ende wäre. Das braucht freilich nicht mehr unsere Sorge zu sein. (ee/ee/30.11.1971/ks)

+ + +

### Grünes Licht für die Verkürzung des Wehrdienstes

180 Millionen DM für Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrstruktur

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Was im "Weißbuch 1970" noch als Planungsmodell ausgewiesen war, wird heute schon Wirklichkeit: Aus Gründen der Wehrgerechtigkeit wird der Wehrdienst auf 15 Monate verkürzt. Davon sind rückwirkend bereits die zum 1. Oktober 1971 einberufenen Wehrpflichtigen betroffen: Sie werden schon zu Weihnachten 1972 vorzeitig entlassen. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme sind im Einzelplan 14 des Verteidigungshaushalts 1972 insgesamt 180 Millionen DM veranschlagt. Ziel ist, daß zum täglichen Dienst die Einheiten in erforderlicher Stärke antreten. Darüber hinaus sollen verstärkte finanzielle Anreize für längerdienende Soldaten erreicht werden.

Schon 1968 hat die Wehrgerechtigkeits-Kommission unter Vorsitz des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Adorno (CDU) folgendes erklärt: "Das Konzept der gleitenden Grundwehrdienstdauer von 15 Monaten als Maßnahme des Wehrdienstausgleichs ist geeignet, die Einsatzbereitschaft und die Kampfkraft der Bundeswehr und damit ihren Abschreckungs- und Verteidigungsbeitrag im Rahmen des Bündnisses zu erhöhen".

Demgegenüber ist es unverständlich, wenn der CDU-Wehr-  
experte Dr. Klepsch die Wehrdienstverkürzung als Überraschung bewertet und sich zu folgender Behauptung versteigt: "Die Sowjetunion muß dies als eine weitere zusätzliche Vorleistung neben der bereits angebotenen fünfprozentigen symbolischen Truppenreduzierung zu Lasten des Angebots der NATO-Beschlüsse von Rom verstehen". Wenn außerdem der CDU-Abg. Petersen im Verteidigungsausschuß einschränkte, die Zustimmung zu den 180 Millionen DM bedeute keineswegs eine Billigung der Wehrdienstverkürzung durch die CDU, so muß man feststellen, daß die Opposition wieder einmal nicht weiß, was sie will.

Im Gegensatz dazu handelt die sozialliberale Koalition. Die

durch Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt veranlaßter Untersuchungen, Modelle und Möglichkeiten zur Wehrgerechtigkeit haben ergeben, daß eine größere Wehrgerechtigkeit nur durch die Erhöhung der Heranziehungsquote von Wehrpflichtigen von bisher etwa 60 vH. auf annähernd 75 vH. erreicht werden kann. Weil eine sich daraus ergebende Vergrößerung der Umfangstärke der Bundeswehr aus politischen und finanziellen Gründen auszuschließen ist, ergab sich konsequenterweise als einziger Weg die Entscheidung, die Wehrpflichtigen bereits nach 15 Monaten aus der Bundeswehr zu entlassen.

Parallel zur Verkürzung der Wehrdienstdauer verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen, mehr längerdienende Soldaten zu gewinnen. Dadurch soll der Mehrbedarf an Ausbildern gedeckt werden, der entsteht, weil in Zukunft 40.000 bis 60.000 jährlich zusätzlich in die Kasernen einrücken werden. Die 180 Millionen DM für Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrstruktur werden deshalb im wesentlichen als finanzieller Anreiz für Zeitsoldaten mit einer Mindestverpflichtung von 21 bzw. 24 Monaten verwandt.

Diese Maßnahmen fügen sich in das Bild einer Ende der siebziger Jahre abzusehenden Änderung der Wehrstruktur ein. Bei diesem Strukturwandel muß angenommen werden, daß um 1980 eine funktionale Teilung des militärischen Auftrags innerhalb der Streitkräfte erfolgen wird. Eine hochtechnisierte, aus Freiwilligen bestehende Kerntruppe wird ergänzungsbedürftig durch Milizverbände, die sich aus kurzdienenden Wehrpflichtigen und Reservisten zusammensetzen werden. Diese Verbände haben dann diejenigen taktischen Aufgaben zu übernehmen, die die präsenten Abschreckungsstreitkräfte nicht hinreichend ausüben können. Sie werden zusätzlich den Auftrag haben, bei nationalen oder internationalen technischen oder Naturkatastrophen Unterstützung zu leisten.

Diese denkbare neue Wehrstruktur hätte den Vorteil, daß sie kostensparend, funktionaler und flexibler in der Organisationsform wäre. Zugleich würde damit der Auftrag der Bundeswehr, zur Friedenssicherung beizutragen, am wirksamsten erfüllt.

(-/ee/30.11.1971/ks)